

## **Anstöße-Diskussion zu Waffenhandel und dritter Welt**

### **Politiker und Hersteller glänzen durch Abwesenheit**

**Die Verärgerung war dem Moderator Gerhard Bronner anzumerken: 9 Monate hatte er sich bemüht, einen Vertreter eines Waffenhersteller oder einen verantwortlichen Politiker für das Podium zu gewinnen - vergeblich. Wer überhaupt antwortete, sagte ab. "Fehlen den Befürwortern des Waffenhandels präsentable Argumente?", fragte Bronner spitz.**

**Und so saßen auf dem Podium im evangelischen Gemeindehaus nur zwei ausgewiesene Gegner des Waffenhandels, beides Theologen: Paul Russman von der Initiative "Ohne Rüstung leben" sowie Rainer Schmid von der Initiative "Keine Waffen vom Bodensee", die mit den rund 30 Besuchern diskutierten. Die Veranstaltung wurde unterstützt durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.**

**Deutschland ist der größte europäische Waffenexporteur und der drittgrößte der Welt. Jährlich werden Waffen für 5 Milliarden € exportiert. Diese Exporte leisten einen wichtigen Beitrag zur europäischen Währungskrise: zu den größten Abnehmern deutscher Waffen gehörten und gehören Griechenland und Portugal.**

**Beide Referenten sind aktiv bei der "Aktion Aufschrei - stoppt den Waffenhandel". Ihr ist es im letzten Jahr gelungen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, dass häufig bei Waffenexporten gegen die bestehenden gesetzlichen Regeln verstoßen wird. Die verbieten nämlich Waffenexporte in Krisenregionen und Länder mit systematischen Menschenrechtsverletzungen oder diktatorischem Regime. Tatsächlich tauchen aber dort auch deutsche Waffen auf. Die Genehmigung von Waffenexporten durch die Bundesregierung ist streng geheim und kann auch nicht parlamentarisch kontrolliert werden.**

**Russmann beobachtet jedoch zunehmende Kritik an dieser Praxis in allen Parteien außer der FDP, die in Treue fest zur Rüstungsindustrie stehe. Er forderte dazu auf, bei Wirtschaftsminister Rösler zu protestieren. Schmid ging auf das Thema Arbeitsplätze ein. In der deutschen Rüstungsindustrie arbeiten mit 30000-50000 viel weniger Menschen, als man vermuten könnte; selbst inclusive aller Zulieferer sind das weniger als 0,5 % der Arbeitsplätze. Fielen Rüstungsexporte weg, würden diese High-Tech-Firmen eben anderes produzieren, wie sie es auch nach dem 2. Weltkrieg gemacht haben.**

**Kontrovers diskutiert wurde, ob sich die Kirchen deutlicher positionieren sollten, indem beispielsweise die Militärseelsorge abgeschafft wird. Immerhin wird bei kirchlichen Geldanlagen nicht in Rüstungsfirmen investiert, und Bischof Fürst hat kürzlich den Verkauf deutscher Fregatten an Angola scharf kritisiert.**

**Gerade Waffenexporte, die evtl. auf Umwegen in Entwicklungs- und Schwellenländern landen, sahen die Referenten als kritisch an. Sie würden häufig in Kriegen und Bürgerkriegen eingesetzt, außerdem fehle den Ländern das Geld für ihre Entwicklung, wenn sie in Rüstung investieren. Als positives Beispiel nannte Russmann Costa Rica: das Land habe keine Armee und investiere das gesparte Geld in Bildung.**

**Auch wenn beide Referenten eher einen pazifistischen Hintergrund haben: als Bronner sie fragte, was sie sich vom neu zu wählenden Bundestag bzw. den Abgeordneten wünschten, blieben sie pragmatisch. Schmid sähe schon die Einhaltung der bestehenden Gesetze als Fortschritt an: also kein Export (direkt oder indirekt) in Krisengebiete und an menschenrechtsverletzende Regimes, außerdem volle Transparenz. Und schließlich wünscht er sich einen Bruchteil des für Rüstung ausgegebenen Geldes für Krisenprävention durch ausgebildete Krisenmediatoren. Transparenz fordert auch Russmann, außerdem die Auflösung des Geheimremiums Bundessicherheitsrat und die Entscheidung des Parlaments über Waffenverkäufe. Außerdem sollten alle Waffenexporte einer Genehmigungspflicht unterworfen werden.**